

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 16 37. Jg.

25. April 1924

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:

Hans Ronsiger, Berlin N 24, Elsenstraße 86-88 III. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheudts-Löhrig, Auguststraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Arbeitsmarktanzeigen 0,40 Mk. Für Verbandsmitteilungen sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beleggen nach Obereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Der Feiertag der Welt.

Das ist der Feiertag der Welt,
Das Fest der Armen und Gebückten!
Im Maiwind flattert kraftgedwollt
Das Freiheitsbanner der Bedrückten.
Von einem Land zum andern Land
Dröhnt donnergleich der Schritt der Menge,
Vom Himmelsrand zum Himmelsrand
Erhalten eherner Gefänge.

In äußerst schwerer Zeit begeht die Welt der Arbeit ihren Feiertag, den 1. Mai. Noch immer drücken schwarze Wetterwolken die Völker nieder, und die Zeichen kriegerischer Auseinandersetzungen, am Horizont bemerkbar, lassen das Wirtschaftsleben, zu keiner aufsteigenden Entwicklung ausholen. *Nie wieder Krieg!* ruft die eine bessere Weltordnung anstrebende Arbeiterschaft den mit allen Mitteln nach Reichtum girrenden Kreisen unverbesserlicher Nimmersatte entgegen, und indem die Arbeiterschaft gegen den Willen aller egoistischer Ausbeuter menschlicher Arbeitskraft den 1. Mai als Feiertag der Welt und Fest der Armen und Gebückten durch Arbeitsruhe erzwingt, gellt zugleich in die Ohren aller Nutznießer des Krieges: *Nie wieder Krieg!*

Nie wieder Krieg! Schon diese Losung allein muß ausreichend sein alle Söhne und Töchter des deutschen arbeitenden Volkes zu flammendem Protest aufzurufen gegen Kriegselend und Kriegsfolgen. Seht euch nur die Gesichter der Mütter aus der Arbeiterschaft an! Dort ist die Geschichte des Krieges und seiner Folgen niedergeschrieben, ohne Rhetorik, in ihrer ganzen Grausamkeit! Aus diesen Zeichen redet Elend, grauenhaftes Elend, leiblich wie seelisch. Und dieses Elend, gezeugt und geboren in und aus Wahnsinn und Verbrechen, soll auf Grund des Willens einer vom Machtkoller befallenen kleinen Schicht Großindustrieller, Junker und aus dem Gleise Geratener verewigt werden, um herrschen zu können.

Für den Achtstundentag! Noch ist dieser Kampf um den Achtstundentag nicht völlig zu Gunsten der Unternehmer entschieden, noch wehrt sich die Arbeiterschaft trotz der alles zertretenden Inflation gegen Unkultur und Menschenvernichtung! Der Feiertag der Welt muß dieser proletarischen Wehr neuen, unüberwindlichen Odem einhauchen und so die Abwehr zum Angriff umwandeln. Denn anders ist die unerläßliche gesetzliche Verankerung des Achtstundentages ein Schemen und hohle Demonstration, die von den Machtpolitikern des Geldsacks auch nicht anders gewertet wird. Wichtige Demonstrationen am Feiertage der Welt müssen besonders den deutschen Industrierittern einbläuen, daß der Kampf um den Achtstundentag noch nicht entschieden ist.

Aber damit nicht genug! Die ganze Sozialgesetzgebung soll das Schicksal des Achtstundentages, Vernichtung, teilen. Weg mit dem Schutze der Arbeitskraft! schreiben die bezahlten Anreißer der Nutznießer der Arbeit aus Leibeskraften, und die Reichsverfassung der „Judenrepublik“, die der Arbeitskraft den Schutz sichert, soll zerrissen werden. Übergeschnappte Universitätsleutonen, wildgewordene Generäle i. D. und a. D., trunkfeste Bierphilister und Lausbuben meinen als schwerindustrielle Stipendiaten gegen die deutsche Republik zu Felde zu ziehen und sie in den Orkus schleudern zu müssen. Das Bewundernswerte an diesen Leuten ist die politische Unreife, das Maul und ihr Selbstbewußtsein. Deshalb scheint ihre Vergesslichkeit, die sie befällt, wenn sie vor den Kadä kommen, wohl auch so gute Richter zu finden! Diesen, die Republik und die republikanische Verfassung unterhöhlenden Maulwürfen muß die Arbeiterschaft am Feste der Welt ihre Treue zur Republik entgegenstellen und durch besonders ausdrucksvolle Kundgebungen zeigen, daß sie die Republik

Das ist der Feiertag der Welt,
Bestimmt die Arbeit zu befreien!
Sie schafft die Werte, schafft das Geld
Und muß im Bettel sich kasteien.
Wir wollen sie aus Staub und Schmutz
Zur Erdenkönigin erheben
Und mit Begeisterung, Kampf und Trutz
Sie, die Verachtete, beleben.

Das ist der Feiertag der Welt,
Der uns das Recht zum Leben kündet,
Aus dem der Strom der Schönheit quellt
und rein in unfre Herzen mündet.
Genug des Elends und der Pein!
Wir wollen auch den Nektar trinken!
Wir wollen nicht geboren sein
Um ungelebt ins Grab zu sinken!

Das ist der Feiertag der Welt,
das Sonnenfest in allen Ländern!
Nun strömt hinaus in Wald und Feld,
Schmücd euch mit Blumen und mit Bändern!
Hört wie die Lerche melodeit,
Wie sie das Lied der Freiheit schmettet,
Wenn unter ihr vom Joch befreit,
Der Knecht im Buch der Zeiten blättert.

Das ist der Feiertag der Welt!
Er bringt uns einft den wahren Frieden,
Und wenn der letzte König fällt,
Wird auch der letzte Krieg entchieden.
Uns darf kein Graben und kein Stein
Von andern Völkern feindlich trennen,
Die Erde soll uns Himmel sein,
In dem sich alle Brüder nennen.

als besseres Kampffeld zu ihrer Befreiung von Unterdrückung und Lohnknechtschaft schützt. *Und dieser Schutz der Republik tut bitter not!* Denn mit der Republik hört auch das Koalitionsrecht der Arbeiter auf zu sein. Dann aber

ist der Wille aller die Arbeiterschaft anderer ausnutzender Elemente, für geleistete Arbeit unzureichende Löhne zu zahlen, in Tat verewigt. Die Inflation als Mittel zum Zweck hat in Lohndruck doch wahrlich genug gelcistet! Weiteres ist wirklich nicht mehr nötig. Nötig aber ist, das die Arbeiterschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften gegen die eine Existenz nicht gewährende Bezahlung angewandter Arbeitskraft anrennt. Dem ganz besonders in den letzten Monaten betriebenem Lohnbetrug muß energisch Paroli geboten werden! Es gibt keine geeignetere Gelegenheit den Leuten vom Stamme Nimm eindeutig und mit Nachdruck den Widerstand der arbeitenden Massen gegen Reaktion, unzureichende Löhne und damit Elend und Not zu zeigen, als durch Arbeitsruhe am Feiertage der Welt, den 1. Mai.

Laßt am 1. Mai die Arbeit ruhen! Nur der durch Arbeitsruhe begangene Feiertag der Welt ist die würdige Form des Gelöbnisses, nicht zu ruhen und nicht zu rasten, bis dem arbeitenden Menschen materiell wie ideell volle Gerechtigkeit wird. Volle materielle und ideelle Gerechtigkeit dem arbeitenden Menschen zu geben, ist die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsform nicht in der Lage! „Daß die vorhandene Teilung der Arbeit kein menschenwürdiger Plan, sondern ein Blindekuhspiel ist, das den Markt mit Eisenbahnschienen überlastet, während er Mangel hat an Butter und Fleisch, und daß die Teilung der Produkte aller Gerechtigkeit und Menschlichkeit Hohn spricht, sind nackte Tatsachen, die keine Diskussion mehr zulassen“. Es ergibt sich daraus ganz von selbst, daß der Privatbesitz an Grund und Boden aufzuheben ist, die bisher erarbeiteten Instrumente, Vorräte und Einrichtungen direkt durch die Volksgesellschaft in Beschlag zu nehmen und sowohl die Lasten wie die Produkte der Arbeit gerecht, nach vernunftgemäßen Bedürfnissen der Gesellschaft und nicht nach unrechtmäßigen Ansprüchen des sogenannten persönlichen Verdienstes zu verteilen sind. So das Verhältnis von Mensch zu Mensch zu gestalten und so die Existenz des einzelnen zu sichern, ist Sozialismus! Es sind deshalb nicht Gründe der Barmherzigkeit und Sentimentalität, welche den Sozialismus zum Kampf wider die bürgerliche Lohnarbeit treiben, sondern die veritable Logik, die sogenannte „Logik der Tatsachen“ oder der Weltentwicklungsprozeß, der an dem Punkte angekommen ist, wo die Arbeitskraft aufhören muß, eine Ware zu sein.

Der Feiertag der Welt ist deshalb ein Bekenntnis zum Sozialismus! Nicht nur das Herz, sondern auch das Hirn muß bei Abgabe dieses Bekenntnisses dabei sein! Geloben wir durch Arbeitsruhe am 1. Mai mit allen Fasern unseres Seins für eine menschenwürdige Gestaltung des Verhältnisses von Mensch zu Mensch zu wirken, dann schließt dieses sozialistische Bekenntnis den unbeugsamen Widerstand gegen Tyrannei und Reaktion, Unterdrückung und Ausbeutung und Not und Elend ein. Geben wir deshalb dem Feiertag der Welt durch Arbeitsruhe den Inhalt des Kampfes um Menschlichkeit. *In diesem Zeichen müssen wir siegen!*

Maiaufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der Internationale Gewerkschaftsbund richtet anlässlich des bevorstehenden 1. Mai einen dringenden Appell an alle Landeszentralen das Maximum ihrer Kräfte einzusetzen, um dem Weltfeiertag der Arbeit einen großartigen und außerordentlichen Charakter zu geben, wie ihn die heutige Lage erfordert.

Allen ihren Forderungen voran muß die international organisierte Arbeiterklasse den Kampf für den Frieden stellen.

Gegen Krieg und Militarismus muß sie die volle Wucht ihres Kampfes richten.

Der Friedensgedanke der Arbeiter ist aus ihrem Klassenbewußtsein entstanden und eng verbunden mit ihren Fortschritts- und Freiheitsideen, die, gegründet auf die Solidarität aller Völker, sie zu unerbittlichen Gegnern des Krieges macht und sie zwingt, die Idee der Freiheit und Gerechtigkeit unlöslich mit der Friedensidee zu verknüpfen.

Die ganze internationale Arbeiterbewegung hat den Friedenswillen des Proletariats zu ihrem Ausgangspunkt. Für den Frieden arbeiten, heißt für die proletarische Befreiung arbeiten!

Diese Wahrheit hatte zu allen Zeiten ihre Geltung; sie hat sie heute mehr als je.

Die Welt — und namentlich Europa — kann sich aus dem Elend und den Ruinen des Krieges nur erheben durch den Frieden — durch einen Frieden, der die Zusammenarbeit der Völker ermöglicht, die mehr als je ihre Kräfte vereinigen müssen, um der wirtschaftlichen Desorganisation und dem finanziellen Zusammenbruch, die den durch Krieg verursachten Katastrophen neue hinzuzufügen, ein Ende zu machen.

Gegenüber dem auf der schlimmsten sozialen Rückständigkeit gegründeten völkerverhetzenden politischen Nationalismus, gegenüber dem wirtschaftlichen Nationalismus, von dem nur der Besitz profitiert, muß die Arbeiterklasse eine internationale Organisation der Wirtschaft fordern, die sich auf der friedlichen Zusammenarbeit aller Völker und auf dem Prinzip der internationalen Verteilung der Rohstoffe aufbaut.

Laut und allen vernehmlich muß die Arbeiterklasse ihre Stimme für ihre Forderungen und Grundsätze erheben.

Sie muß die tatsächliche Organisation des Friedens fordern durch eine allgemeine Abrüstung, um zugleich die Völker von uner-

träglichen Lasten zu befreien sowie durch Errichtung eines obligatorischen Schiedsgerichtes zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten.

Die Arbeiterklasse muß ferner alle ihr zukommende soziale Gerechtigkeit verlangen, indem sie auf einem immer weiteren Ausbau der Rechte der Arbeit besteht.

Die internationale Arbeitsgesetzgebung darf nicht toter Buchstabe bleiben: die Abkommen müssen durch gesetzliche Festlegung lebendige Wirklichkeit werden.

Die Schaffenden, die Schöpfer des Reichtums, durch deren Arbeit die Gesellschaft lebt, fordern ihren Anteil an der Kontrolle und Verwaltung in der Organisation des Produktionsprozesses und der Verteilung der Güter.

An den sozialen Errungenschaften des Achtstundentages und der Sozialversicherung, diesen wichtigsten eroberten Posten, muß festgehalten, auf ihre Verallgemeinerung unablässig hingearbeitet werden.

Die Eroberung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter sowie die Reorganisation der Wirtschaft sind unerlässlich für eine wirksame Bekämpfung und Niederhaltung der kapitalistischen Einflüsse und zur Vorbereitung einer sozialen Ordnung, in der die Früchte der Arbeit nicht mehr den Besitzenden und Bevorrechteten sondern der Gesamtheit zufallen.

Mit dem Triumph dieser Forderungen wird die Arbeiterklasse den Beweis erbringen, daß sie reif ist für die Verwirklichung ihrer historischen Mission: die Befreiung der Arbeit durch Frieden und soziale Gerechtigkeit.

Diese Forderungen sollen dem Weltfeiertag von 1924 Sinn und Gepräge geben!

Überall, in allen Ländern muß der Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes bei der Arbeiterschaft Gehör finden! Die Massenkundgebung des Proletariats sei ein überwältigendes Zeugnis seiner Kraft, seines erwachten Gewissens, seines Willens zum Sieg!

**Für ein besseres Dasein!
Für die soziale Gerechtigkeit!
Für die Freiheit!
Für den Weltfrieden!**

April 1924.

Tarifvertrag und Tarifmüdigkeit.

„Der Tarifvertrag stellt gewissermaßen eine Arbeitsgemeinschaft dar, bei der die gegenseitigen Interessen auf eine für beide erträgliche Plattform zurückgeführt werden. In dem Augenblick, in dem die eine Seite erklärt, sie akzeptiere nur das, was ihr gefällt, wird die von den Gewerkschaften propagierte Tarifidee zerstört. Ob damit den Interessen der Arbeitnehmer gedient ist, müssen diejenigen Stellen des Gehilfenverbandes entscheiden, die hierfür verantwortlich sind.“

Diese Sätze, die nicht gerade ein besonders ernsthaftes Bemühen verraten, dem Wesen des Tarifvertrages auf die Spur zu kommen, finden wir in einem Artikel des „Deutschen Steindruckgewerbes“ in seiner Nummer 7 vom 1. April 1924, betitelt: „Nochmals die verlängerte Arbeitszeit, in dem eingangs mit gewisser Genugtuung erneut mitgeteilt wird, daß der Hauptvorstand des Gehilfenverbandes (gemeint ist damit der Verbandsvorstand) dem Schutzverband erklärt habe, daß nachdem der Schiedsspruch für rechtsverbindlich erklärt worden sei, kein anderer Weg bleibe, als sich damit abzufinden; er, der Verbandsvorstand, werde in Differenzfällen die Gehilfenschaft anweisen, den Schiedsspruch durchzuführen, d. h. nach Ansicht des „Steindruckgewerbes“ die Mehrarbeit im Rahmen des für rechtsverbindlich erklärten Schiedsspruches ohne Überstundenbezahlung zu leisten.

Schon allein die Bemerkung, daß sich der Verbandsvorstand mit dem Schiedsspruch abgefunden habe beweist, daß die Grundlage der angeblichen tariflichen Arbeitsgemeinschaft, die „die gegenseitigen Interessen auf eine für beide erträgliche Plattform zurückgeführt“ hat, verändert worden sein muß. Daß eine solche Veränderung während der Laufzeit eines Vertrages, „die von den Gewerkschaften propagierte Tarifidee zerstört“, zumal wenn die Veränderung von einer Seite auf Grund der herrschenden politischen Konjunktur erzwungen wird, versteht sich am Rande. „Ob damit den Interessen der Arbeitnehmer gedient ist“, wagen auch wir zu bezweifeln, und verstehen deshalb voll und ganz, daß die Gehilfenschaft sich auf das Entschiedenste gegen den mit Hilfe staatlicher Machtfaktoren in die Tat umgesetzten Tarifbruch der Unternehmer wehrt. Und das sittliche Recht zu dieser Wehr steht ganz auf der Seite der Gehilfenschaft und das „Steindruckgewerbe“ hat für diese sittliche Wehr die Formulierung gegeben. Denn am 15. April 1923 hat das „Deutsche Steindruckgewerbe“ die Voraussetzungen für die Existenz eines Tarifvertrages wie folgt formuliert:

„Wenn zwei Kontrahenten sich an einen Tisch setzen und nach langen Verhandlungen im Wege des gegenseitigen Nachgebens einen Vertrag abschließen, der nicht vom Machtstandpunkt der einen oder der andern Partei diktiert wird, so darf jede der beiden vertragsschließenden Parteien erwarten, daß der Gegenkontrahent den Vertrag unter Anwendung der allgemeinen Grundsätze von Treu und Glauben auch hält.“

Das „Steindruckgewerbe“ ließ diesen Satz damals in die Welt gehen als Abwehr der theoretischen Untersuchung der passiven Resistenz als Waffe im Wirtschaftskampf durch den Kollegen Ferkel mit der Bemerkung, daß den Lesern der „Graphischen Presse“ „auf diese Weise ohne viel Aufhebens die Taktik der passiven Resistenz beigebracht werden“ soll. Also schon die Tatsache, daß die Wirkung eines Zeitungsartikels eine geringe Zurückhaltung der Arbeitsleistung durch einen Teil der Kollegen sein könnte, veranlaßt das „Steindruckgewerbe“ damals die Hoffnung auszusprechen, „daß der erwähnte Artikel einen einmaligen Fehlgriß bedeutet, der nicht wiederkehrt“, und von Tarifmüdigkeit der Unternehmer zu reden.

Daß der Tarif für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe in seiner Formulierung vom Juni 1923 das Ergebnis des „Nachgebens“ und zwar das Ergebnis des Nachgebens der Gehilfen ist, beweist nichts besser als die Tatsache, daß der Tarif gegen den Willen der Mehrzahl der Lithographen und Steindrucker durch Veto der Gehilfenverbandsleitung in Geltung gesetzt wurde. Ebenso unbestritten dürfte sein, daß dieser Tarif das Ergebnis langer Verhandlungen gewesen ist. Wenn man sich zu der eigenartigen Meinung ausschwingen kann, daß die bei den Tarifverhandlungen abgegebene Unternehmererklärung, daß ein neuer Tarifvertrag nur zum Abschluß kommen kann wenn die 48 Stundenwöchenerkennung wird und die verkürzte Arbeitszeit vor hohen Festtagen wegfällt, kein hervorgekehrter Machtstandpunkt einer Partei ist, und wider besseres Wissen einseht, daß die Inflation der andern Partei nicht diktiert hat den Vertrag zu unterschreiben, dann mußte dem doch folgen, daß unser „Gegenkontrahent den Vertrag unter Anwendung der allgemeinen Grundsätze von Treu und Glauben auch hält.“

Daß der Schutzverband den Tarifvertrag für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe in Beachtung der allgemeinen Grundsätze von Treu und Glauben respektiert und auch gehalten hat, wird er ersten Leuten nicht einreden können. Im Gegenteil: Die Arbeit des Schutzverbandes als Tarifkontrahent im letzten Jahre bestand in einer ununterbrochenen Kette von versuchten und be-

gangenen Tarifbrüchen. Mit dem Versuch der Beilegung der Extrabezahlung für die 48. Arbeitsstunde begann der Kampf gegen den Tarifvertrag und dem Versuch der Beseitigung der allgemeinen tariflichen 8stündigen Tagesarbeitszeit fand er einstweilen seinen Abschluß. Die gegebenen Begründungen für die inszenierten Tarifbrüche waren zumeist unter aller Kritik. Es kam ja auch gar nicht auf Gründe an. Man glaubte eben, die gegebene politische Konjunktur zu seinen Gunsten auszunutzen zu können und warf deshalb die Verpflichtung des Tarifvertrages, „daß der Gegenkontrahent den Vertrag unter Anwendung der allgemeinen Grundsätze von Treu und Glauben auch hält“, einfach in den Dreck.

Nachdem sich unser „Gegenkontrahent“ ununterbrochen in Tarifbrüchen geübt hat, kann er es nun nicht verstehen und ist darüber erstaunt, daß „gewisse Stellen die Durchführung des (letzten) Schiedsspruches, soweit die verlängerte Arbeitszeit in Frage kommt, sabotieren“ und das „Steindruckgewerbe“ jammert deshalb: „Kann man sich da wundern, wenn... die Tarifmüdigkeit der Arbeitgeber immer mehr überhand nimmt.“ Die Zuschriften aus unseren Mitgliederkreisen beweisen das nur zu deutlich.

Es mag sein, daß ein Teil der Steindruckunternehmer tarifmüde ist, weil er schon vergessen hat was es bedeutet, tariflich nicht gebunden zu sein. Aber wichtiger dürfte sein, daß ein Teil der Gehilfen den Schutzverband infolge seiner eigenartigen Haltung besonders im letzten Jahre einfach nicht mehr für tariffähig hält. Die Tarifmüdigkeit eines Teiles der Unternehmer wird unseres Erachtens reichlich ausgewogen durch die berechnete Tarifmüdigkeit eines Teiles der Gehilfen. Und wird bei der kommenden Tarifberatung nicht durch eine eindeutige Tarifbestimmung der achtstündige Arbeitstag unerschütterliches tarifliches Recht, dann fürchten wir, daß die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Lithographie- und Steindruckgewerbe für längere Zeit verschüttet sein wird. Was das gewerblich bedeutet, dürfte besonders den Unternehmern klar sein. Aber so schweren Erschütterungen das Gewerbe dann auch entgegen geht — eine so schwere wie ihr mit der Verlängerung der Arbeitszeit zugemutete Last kann und wird die Gehilfenschaft nicht tragen. Dann halten wir es lieber mit der Tarifmüdigkeit, die uns gestattet, die Konjunktur ohne Hemmung, entsprechend unserer Kraft, bis zur Neige auszuliefern. Daß die Gehilfenschaft, insgesamt genommen, ohne Tarif nicht schlechter fährt, ist ausgemachte Sache. Organisatorisch gewinnt sie aber ganz ohne Zweifel, denn dann ist der immer gebrauchte Unternehmerheldeneinwand von der Blödsinnigkeit verschwunden, daß die Gehilfenvertreter nur nachdrücklicher

die Gehilfenwünsche zu vertreten brauchten um sie in Erfüllung gehen zu lassen. Dann klopfen die Gehilfen wieder höchstpersönlich an ihrer Art an die Kontortüren und die Unternehmer haben Gelegenheit wieder mit „ihren“ Arbeitern zu verhandeln. Ob dann die Tarifmüdigkeit der Unternehmer noch immer vorhanden ist, wird die Zeit lehren. Erfahrungen liegen auch hierfür vor. Die aber warnen allzu breitspurig von Tarifmüdigkeit der Unternehmer zu reden. Es gibt nämlich Beweise dafür. Und ein besonders klassischer ist erst einige Wochen alt.

„Im graphischen Gewerbe fehlen dauernd Arbeitskräfte“.

Unter dieser Überschrift erscheinen große Anzeigen, in denen Oberläufer für alle Sparten des Chemigraphiegewerbes gesucht werden. Man greift sich beim Lesen unwillkürlich an den Kopf. Liegt nicht eine Periode der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit hinter uns, wie sie noch nie dagewesen ist? Reden die vom Tarifamt zusammengestellten Durchschnittszahlen der Arbeitslosigkeit für Oktober 602, November 696, Dezember 825, Januar 749 und Februar 514 nicht eine ganz andere Sprache? Nach monatelangem Feiern haben die Hunderte von Arbeitslosen einige Wochen Beschäftigung und schon müssen sie erstaunt hören: Es fehlen dauernd Arbeitskräfte. Dabei findet man heute noch in allen gelernten und ungelerten Berufen Chemigraphen, die aus ihrem Berufe gedrängt wurden. Es waren nicht die schlechtesten Kräfte, welche die Lohnpolitik der letzten Jahre aus dem Gewerbe vertrieb. Gern kehrten sie zurück, aber... ja, die Lohnpolitik! Nicht immer wird es offen, wie von einem Leipziger Unternehmer zugegeben, daß man Oberläufer einstellen müsse, damit der Lohn nicht hochgetrieben wird. Verbilligung der Produktion ist heute das herrschende Schlagwort, Wegfall der Waschpausen, unbeschränkte, verbilligte Überstunden, Einstel-

lung von Oberläufern und ein in engen Grenzen gehaltener Lohn, sollen die Mittel dazu sein. Schon bezeichnet man den Aufschwung wieder als Scheinkonjunktur. Die anzuhaltenden Leute könnten demnach bald die Kehrseite der Medaille kennen lernen und dann resigniert sagen: Im graphischen Gewerbe fehlen einmal Arbeitskräfte.

Die Gehilfenschaft hat noch nie eine chinesische Mauer um sich getürmt, Oberläufer sind so oft es notwendig war ausgebildet worden, sie will sich aber auch nicht von den Unternehmern durch taktische Züge einmauern lassen. Daß die Unternehmerschaft und nicht das Tarifamt die Annoncen veranlaßt hat, dürfte bei dessen paritätischen Grundlage und da es auch nichts für die Opfer der Krise tun konnte, sicher anzunehmen sein. Blasen aber die Unternehmer in dieses Horn, dann weiß jeder Gehilfe Bescheid.

Soziales Dumping.

Der Ansturm des Unternehmertums gegen den Achtstundentag hat zwei starke Triebkräfte. Ein Teil des Unternehmertums sieht in der Frage des Achtstundentages nicht eine wirtschaftliche Frage, sondern eine soziale Machtfrage. Das sind die eigentlichen Scharfmacher, die der Arbeiterschaft den Herrenstandpunkt ins Auge drücken wollen. Ein anderer Teil der Unternehmer will die Verlängerung der Arbeitszeit zur Vergrößerung des Profits. Das sind jene Unternehmer, die nicht technisch und produktionswirtschaftlich denken, sondern als Händler und Spekulanten. Die Zusammenhänge zwischen Arbeitsintensität und Arbeitszeit entziehen sich ihrem Gesichtskreis. Sie haben in der Inflationszeit müheles Spekulationsgewinne gemacht, indem sie die Differenz zwischen der inneren Kaufkraft der Mark und dem Auslandswert der Mark ausnutzten zur Untertreibung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Das Valutadumping gab ihnen Extraprofite. Nun wollen sie eine neue Konjunktur durch Untertreibung der Weltmarktpreise

schaffen. Die Möglichkeit dazu sollen ihnen geben: längere Arbeitszeit und Hungerlöhne der deutschen Arbeiter. Nach dem Valutadumping das soziale Dumping.

Gegen die lediglich nur totale Unfähigkeit zur Schau stellende Unternehmerrhetorik wendet sich mit folgenden nichts hinzu zu fügenden Ausführungen die „Kölnische Volkszeitung“:

„Die zweite Hauptaufgabe des Produktionsproblems ist die Umformung des Produktionsprozesses an sich zu stärkster Rationalität und Gewinnergierigkeit, und zwar in der Richtung: kleiner Nutzen, großer Umsatz. Unsere Absatzmöglichkeit wird zur Zeit durch die Weltmarktpreise und -lage diktiert. Güte und niedriger Preis der Ware sind Hauptbedingungen für verstärkten Absatz. Erstes Erfordernis dafür bleibt nun immer Steigerung der menschlichen Arbeitsleistung; in diesem Rahmen hat das Problem der Arbeitszeit nur untergeordnete Bedeutung. Dagegen ist das altbewährte billige Rezept der niedrigen Löhne, um den Gestehtungspreis einer Ware unter Weltmarktpreis zu halten, das zur Zeit als das „Nonplusultra“ aller kapitalistischen Wirtschaftsweisheit gepriesen wird, ein sehr zweischneidiges Schwert. Einmal wird dadurch die Kaufkraft des Inlandmarktes stark verengt, andererseits wirkt es auf die Lust des Arbeiters am Betriebe schädigend zurück, von den politischen Folgen ganz zu schweigen. Außerdem können niedrige Löhne nur so lange zum Nutzen einiger weniger sich erhalten, als der Staat seine schützende und funktionierende Hand über solche profitorische Wirtschaftsanschaunungen hält.

Viel mehr scheint uns notwendig, auf einen anderen Faktor des Produktionsprozesses hinzuweisen, dessen Erörterung im allgemeinen vorsichtig zurückgestellt wird, nämlich auf die Verbesserung der Betriebsorganisation und der Produktionsmittel. Der Betriebsfachmann, der Organisator und Ingenieur, die vor dem Kriege die deutsche Industrie aufgebaut haben, müssen wieder im Betriebe zur rechten Geltung kommen.“

Diese Nummer enthält als Beilage die „Graphische Technik“.

Bauer, das ist etwas anderes.

Die Kommunisten haben die Differenzen, die sich aus den Forderungen und Bedürfnissen der Arbeiterklasse... ergeben, mit Bewußtsein auf die Spitze zu treiben“, so lautet eine Anweisung der „Opposition“ für ihre Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften, der getreulich nachgekommen wird. Daß die „gewerkschaftliche Opposition“ grundsätzlich verlangt selbst die nebenschönlichste Differenz auf die Spitze, d. h. zum Generalstreik auszuweiten“, ist eine Tatsache, die man jeden Tag feststellen kann. Daß die Praxis dort, wo die „gewerkschaftliche Opposition“ die Macht hat, eine ganz andere ist, beweisen die für den Lohnkampf vom Vorstand des Allrussischen Gewerkschaftsbundes herausgegebenen Richtlinien, die u. a. folgende Vorschrift enthalten:

„Um den Lohnkampf nicht in einen wilden Kampf ausarten zu lassen, müssen wir ihn unter Leitung der Gewerkschaften führen... wir müssen die strengste Disziplin einführen... man muß auf Disziplin achten...“

„Die Gewerkschaft ist verpflichtet, auf jede Störung des Produktionsprozesses schnell zu reagieren. Sie muß bestrebt sein, jeden Konflikt durch Verständigung oder Schiedsspruch möglichst schmerzlos und rasch zu erledigen, ohne es auf einen Streik ankommen zu lassen.“

Daß sich in Deutschland selbst die „reformistischste“ Gewerkschaftsleitung dazu aufgeschwungen hätte, solche Anweisungen herauszugeben, dafür gibt es keinen Beweis, obwohl es auch in Deutschland Betriebe gibt, die nicht kapitalistisch geleitet werden. Die „reformistische Gewerkschaftsbürokratie“ ist nicht der Meinung, daß jede Störung der Produktion vermieden werden muß, sondern sie wendet die Waffe des Streikes dort an, wo es unvermeidlich und im Interesse der Arbeiter notwendig ist. Aber sie betrachtet den Streik als letzte Waffe und verlangt, wenn diese Waffe in Anwendung kommt, strengste Disziplin. Und die Anschauung über diese gewerkschaftliche Disziplin deckt sich mit der des Allrussischen Gewerkschaftsbundes, was unserer „Opposition“ ansehnend noch nicht klar ist.

Disziplin ist nämlich die Unterordnung unter die Mehrheitsbeschlüsse. Sie fordert, daß nichts unternommen wird, ohne das Einverständnis der Leitung. Ohne diese Disziplin, wie sie in Rußland verlangt wird, gibt es weder in Rußland noch in Deutschland erfolgreiche Gewerkschaften oder Gewerkschaftskämpfe. Das mögen sich diejenigen gesagt sein lassen, die etwas anderes predigen, oder gar durch eigenmächtiges Handeln die Disziplin verletzen.

Gegen den Krieg!

In diesem Jahre kehrt zum zehnten Male der Tag wieder, an dem der Weltkrieg seinen Beginn nahm. Es ist der geeignetste Zeitpunkt, vor der Welt den Friedenswillen derjenigen zu bekunden,

die den Krieg als der Menschheit unwürdig bekämpft. Darum haben der Internationale Gewerkschaftsbund, die Sozialistische Arbeiter-Internationale, die Genossenschafts- und die Jugend-Internationale beschlossen, am 21. September d. J. in allen Ländern und an allen Orten Kundgebungen der arbeitenden Bevölkerung, wie überhaupt aller Friedensfreunde, zu veranstalten, die dem Weltbewusstsein das nur zu schnell vergessene Elend des Krieges wieder in Erinnerung rufen sollen.

Die Zwischenzeit darf aber nicht ungenutzt verstreichen. Mit allen Mitteln arbeitet die völkische, nationalistische Propaganda auf den Vergeltungskrieg mit Frankreich hin, groß ist die Gefahr, daß hierdurch und durch die Wahnsinnspolitik Frankreichs Massen des deutschen Volkes, besonders die Jugend, für militaristische und damit kriegerische Zwecke gewonnen werden. Durch die Veranschaulichung der Folgen einer solchen Politik muß dem überall entgegengetreten werden. Käthe Kollwitz hat für den Internationalen Gewerkschaftsbund eine Anti-Kriegs-Postkarte geschaffen, die, besser als jede Schilderung durch Worte es vermag, den unbeschreiblichen Jammer des Krieges und seine Folgen zum Ausdruck bringt. Diese Karte muß jetzt in Massen unter unser Volk gebracht werden. Die Wahlversammlungen, Mafeiern, Volkfeste, wie überhaupt Veranstaltungen aller Art bieten Gelegenheit zum Vertrieb der Karte. Jeder Friedensfreund benutze sie als Postkarte, um sie weiter wirken zu lassen. Für den Verkauf selbst werden unsere Jugendlichen, besonders die Mädchen, vor allem in Frage kommen. Die örtlichen Organisationen der Arbeiterschaft aber haben die Pflicht, sich über die notwendigen Maßnahmen zu verständigen, damit ein Gegeneinanderarbeiten vermieden wird.

Die Anti-Kriegskarte soll für 10 Pfg. verkauft werden; den Organisationen wird sie für 8 Pfg. das Stück unter Nachnahme zugesandt. Die gewerkschaftlichen Organisationen, Verbände, wie auch Ortsausschüsse, werden ersucht, ihre Bestellungen schnellstens an die Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14, Inselstr. 6 zu richten.

Das ist ein Geschäft.

„Amerika hat Henry Ford ein Königreich geschenkt“, so haben bekannte Senatoren der Vereinigten Staaten den Vertrag zugelegt, den der amerikanische Kongreß mit Henry Ford, dem amerikanischen Automobilkönig, zur Verwertung der riesigen Wasserfälle in Alabama, der sogenannten „Muscle Shoals“, geschlossen hat. Der bekannte Senator Norris erklärte: „Dies war das größte Geschenk, das je einem einzelnen Sterblichen zuteil wurde.“ Wenn der Vertrag im Senat zur Abstimmung kommt, so ist die Mehrheit dafür schon gesichert. Es handelt sich in der Tat um eine Riesenunternehmung sondergleichen, die nun von den Vereinigten Staaten, dem Eigentümer der Wasserfälle, zu den denkbar günstigsten Bedingungen an

Ford übertragen werden soll. Die erwähnten Wasserkräfte werden nach Errichtung des Stauwerkes 600 000 Pferdekraft liefern, werden den Strom für ein Gebiet von 500 Meilen im Umkreis erzeugen und außerdem den größten Betrieb der Welt für Stickstoffgewinnung aus der Luft versorgen. Die Herstellung von billigen Stickstoffdüngemitteln war das Zauberwort, das Ford zu diesem Vertrag verhalf. Er erklärte, daß er sich für die Herstellung von 40 000 Tonnen Stickstoff im Jahre verbürge, die er zu einem Preis von nicht mehr als 8 Prozent über die Herstellungskosten in den Verkehr bringen würde. Die amerikanische Landwirtschaft bedarf — nicht zuletzt wegen des Verschwindens der Pferde infolge der Ford'schen Automobile — billiger Düngemittel. Das Versprechen Fords wirkte unwiderstehlich auf die Farmer, deren Organisationen in der letzten Zeit an Macht beträchtlich zugenommen haben. Diese bestimmten auf Grund ihrer Vereinbarung mit Ford das Parlament mit Gesuchen, die Ausbeutung der Wasserkräfte an Ford zu übertragen. Das Angebot Fords war — wie in der letzten Nummer der amerikanischen „Nation“ ausführlich dargestellt wird — viel günstiger als andere Angebote. Er wird die Wasserkräfte in der Tat um ein Butterbrot erhalten. Er übernimmt die bereits vom Staat während des Krieges ausgebauten Stickstoffwerke, worin der Staat 83 Millionen Dollar investiert hat, um 5 Millionen Dollar. Außerdem muß das Stauwerk mit einem Kostenaufwand von voraussichtlich 50 Millionen Dollar vom Staat ausgebaut werden, wofür Ford jährlich kaum 3 Prozent für Tilgung und Zinsendienst bezahlen muß. Ford erhält das Recht zur Ausnützung der Wasserwerke und Betriebe auf 100 Jahre und ist von den Bindungen des Gesetzes über Benutzung der Wasserkräfte, die das Gemeininteresse und die Verbraucher schützen, befreit. So kann er den Strom, den er zur Herstellung von Stickstoff nicht braucht — und hierfür kommt nur ein Bruchteil des Stromes in Frage — entweder in eigenen Betrieben verwenden oder ohne Bindung an vorgeschriebene Preise weiterverpacken. Auch ist er in der Berechnung seiner Produktionskosten bei der eigenen Erzeugung durch keine Vorschriften gebunden. Ford ist heute der größte Besitzer von Bergwerken, Forsten, Holz- und Zellstofffabriken, Eisenbahnen und Baumwollfabriken; seine Automobilfabriken bilden nur einen verhältnismäßig geringen Teil seines Besitzes. Die Übertragung der Wasserkräfte gibt ihm zur weiteren Ausbreitung unbegrenzte Möglichkeiten. Ford ist dank seiner billigen Automobile und seiner Lohnpolitik, die unter äußerster Ausnützung der Arbeitsintensität gute Löhne bei achtstündiger Arbeitszeit sichert, sehr volkstümlich. Nichtsdestoweniger ist das ihm gewährte Riesengeschenk ein Mißbrauch an dem Volkvermögen und birgt um so größere Gefahren, als nach Fords Tode seine Nachfolger seine persönliche Fügigkeit keineswegs gewährleisten

Maulheldentum futs nicht!

Die Zusammenkünfte der Arbeiter, ganz gleich ob sie zum Zwecke der Besprechung wirtschaftlicher oder politischer Fragen stattfinden, stehen heute im Zeichen Phrasenrausches. Ein Wortradikalismus hat sich breit zu machen verstanden, der alles bisher dagewesene in den Schatten stellt. Auch in unseren Kreisen hat die anscheinend ansteckende Krankheit Wortradikalismus Opfer gesucht und gefunden, was schwülstige Reden und Entschleunigungen zur Genüge beweisen. Als geeignete Mittel gegen den Wortradikalismus erscheinen uns folgende Sätze Wilhelm Liebknechts aus dem Vorwort zur Schrift: „Hochverrat und Revolution“, die wir einer besonderen Beachtung empfehlen:

„In meiner frühesten politischen Jugend litt ich unter anderen Kinderkrankheiten auch an der des Wortradikalismus. Es war mir unerträglich im Radikalismus des Denkens und Redens übertrieben zu werden; und das passierte mir auch nicht leicht, und wenn es mir einmal passiert war, dann dauerte es nicht lange, so hatte ich den Vordermann eingeholt und mich wieder auf die richtige Höhe emporgeschwungen. Eines schönen Tages wurde ich aber von dieser Krankheit geheilt, und zwar durch einen belgischen „Sozialisten“, welcher mir, — vor nun 40 Jahren — im kommunistischen Arbeiterverein in London den Nachweis lieferte, daß ich, der gegen die von ihm vorgeschlagene Abschachtung aller Bourgeois und Despoten, samt Kindern und Kindeskindern bis im Mutterleib und gegen die „freie Naturliebe“ nach Art der Hunde einige bescheidene Einwände erhob — ein erbärmlicher „Reaktionär“ war, und das „angeborene Bourgeoisgift“ noch nicht „ausgeschwitzt“ hatte. Ich gestehe, der Vorwurf schmerzte mich tief und gab mir zu denken. Ich sah mir meinen revolutionären Kritikus näher an und zog Erkundigungen ein. Das Ergebnis war höchst interessant. Von sehr wohlunterrichteter Seite kam eine Warnung und Mitteilung, daß dieser fürchterliche Revolutionär ein auf dem Jesuitenseminar erzogener Politispizel sei. Seitdem habe ich vor den „Radikalen“ einen heiligen Respekt — oder vielmehr gar keinen. Wer sich des Ernstes und der Größe des Kampfes bewußt ist, den wir zu kämpfen haben, der wird gemessener im Ausdruck und ruhiger sein, als wer dieses Bewußtsein nicht hat und prahlerisch mit Worten und Sätzen um sich wirft, von deren Tragweite er keinen Begriff hat.“

Brief aus Amerika.

Nachstehende Zeilen werden uns von einem deutschen Kollegen aus Amerika geschrieben, denen wir gern Raum geben:

Seit einem Jahre bin ich in Amerika, im Lande der Sehnsucht so vieler von Euch. Nicht vielen ist es vergönnt nach Amerika zu kommen, weil nicht jeder Verwandte oder Bekannte hier hat, die für ihn eintreten, d. h. ihm ein Affidavit (eine Art Bürgschaft) und das Reisegeld schicken; dazu kommt noch das sehr streng gehandhabte Einwanderergesetz, welches strikte verbietet, daß ein Arbeiter einwandert, der sich schon im Voraus auf

irgend eine Art und Weise Stellung gesichert hat. Hat nun jedoch jemand die Möglichkeit nach Amerika zu kommen, so hat er damit noch lange nicht sein Glück gemacht. Er muß einen oft recht schweren Leidensweg gehen; denn so lange er die englische Sprache nicht beherrscht, ist er ein sogenanntes Grünhorn, das nicht leicht Stellung bekommt. Wenn er aber eine Stellung bekommt, dann fast immer nur für geringen Lohn. Tritt der Kollege dann eine solche Stellung an, dann hat er — und mit einem gewissen Recht — die hiesigen Verbandskollegen gegen sich. Was das heißt, kann sich wohl jeder denken. So hilfsbereit der Amerikaner im allgemeinen ist: in dieser Hinsicht kennt er keine Rücksicht. In den meisten Fällen ist dann dem Eingewanderten der Eintritt zur Union (Verband) für immer versperrt. Es gibt keine gegenseitigen Abmachungen mit Amerika die den sofortigen Eintritt in die Union gewährleisten. Da nun viele Einwanderer notgedrungen unter Lohn arbeiten, herrscht gegen sie alle ein großes Mißtrauen; dazu kommt noch die Sorge, eine Überflutung mit ausländischen Arbeitskräften könnte den amerikanischen Facharbeiter schädigen. Also: Ein herzliches Willkommen ist niemand beschieden!

Ein zweiter Punkt ist die verschiedene Arbeitsweise. Jeder der hier in Arbeit tritt, muß sich auch wenn er noch so tüchtig ist, erst einarbeiten. Wenn er nun nicht das Glück hat, deutschsprechende Mitarbeiter zu haben, die er dieses und jenes fragen kann, so ist er in schlimmer Lage. Wenn ich auch in dieser Hinsicht Glück hatte, so spreche ich doch aus Erfahrung. Es dauerte drei Monate, ehe ich Stellung bekam, und weitere drei Monate, ehe ich in die Union aufgenommen wurde. Hätte ich nicht meine gutsituierten Verwandten und einige deutsche Kollegen in der Stadt gehabt, so hätte auch ich den Leidensweg antreten oder für billiges Geld arbeiten müssen, trotzdem ich schon etwas englisch sprechen konnte.

Nun noch etwas, was wichtiger für die Allgemeinheit zu wissen ist wie alles andere: Wüßtet Ihr wie geringschätzend der Amerikaner durchschnittlich *jetzt* von der *früher* so hoch geachteten deutschen Arbeiterschaft denkt, so würde manchen, der sich schuldig fühlt, die Schamröte ins Gesicht steigen. Es ist traurig, aber wahr! Allgemein ist hier die Ansicht vorherrschend, daß nur allein die Uneinigkeit und die Zwistigkeit unter den Arbeitern Schuld an dem großen Elend in Deutschland ist. Ich habe ja die Zänkereien auch in den Gewerkschaften zum Teil noch mit erlebt. Wenn ich auch weiß, daß diese Uneinigkeit ein Ausfluß der großen Not ist, so hat doch der Amerikaner, der nicht weiß was Not ist, kein Verständnis dafür. Und wir Auslandsdeutsche! Wir sehen mit Sorge, daß alle die Errungenschaften der Revolution für die Arbeiter nach und nach verloren gehen; jetzt sogar noch der Achtstundentag. Nie wäre das möglich gewesen, wenn die deutsche Arbeiterschaft einig wäre. Darum weg mit dem Parteihader, wenigstens in den Gewerkschaften, seid einig, denkt an den alten Kampftruf: Einer für Alle, Alle für Einen! Laßt die Not Euch nicht trennen; laßt sie Euch einigen! Laßt sie Euch eng verbinden zu einem festen Körper, stahlhart, siegreich. Ihr habt viel gelitten, wir wissen es alle, und fühlen

mit Euch und helfen gerne so gut wir können. Aber viel freudiger wird Euch geholfen werden, wenn Ihr der Welt zeigt, daß Ihr einige seid. Glaubt mir, wir beurteilen hier, wo alle Ergebnisse ungeschminkt und ohne Rücksicht in den Zeitungen besprochen werden, die Lage in Deutschland besser und richtiger wie Ihr. Aus tiefsten Herzen, aus voller Seele richten wir deshalb die Bitte und den Mahnruf an Euch: Seid einig, seid einig! Nur dadurch findet Ihr den richtigen Ausweg aus Trübsal, Not und Elend.

Sollte jemand nähere Informationen haben wollen, so ist der Kollege *Hermann Bohland, Syracuse N. Y./Amerika 301 North Lowell Avenue*, bereit eingehende Auskunft zu erteilen, da er derzeit seinen zwölfjährigen Aufenthalt in Amerika informiert ist. *H. M.*

Die Friedenspreise!

Im Vergleich zu der gesunkenen Kaufkraft arbeitenden Bevölkerung sind in Deutschland die Preise für alle lebenswichtigen Waren — seien es Nahrungsmittel, Kleidungsstücke oder Hausgerätschaften — noch viel zu hoch; sie halten sich noch zum Teil auf der dreifachen Höhe, über den Star der Vorkriegszeit, ohne daß andererseits die Qualität aus jener Zeit auch nur annähernd erreicht. Die Produzenten erstreben eine Verbilligung durch Herabsetzung der Löhne und durch Verlängerung der Arbeitszeit, ohne dabei zu überlegen, daß mit diesen Mitteln der inländische Konsumt vollends erschlagen würde. Umgekehrt muß es sein: hohe Löhne, niedrige Preise. Darauf sollen alle Arbeiter kämpfen!

Prächtige Waffen für diesen Kampf der Arbeiter für hohe Löhne und niedrige Preise liefert eine kleine Schrift: „Die Friedenspreise“, die im Verlag Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68, zum Preise von 50 Pfennigen erschienen ist und in Verbindung mit dem Reichswirtschaftsministerium die festgestellten Friedenspreise für fast alle Waren enthält. Diese kleine Schrift verzeichnet auf dreißig Seiten Tabellen der Friedenspreise, die man meist aus dem Gedächtnis verloren hat, für alphabetisch übersichtlich geordnete Waren aller Art des täglichen Gebrauchs. Auf diese Preise müssen wir wieder herunter damit die Kaufkraft des Inlandes sich hebt, der Absatz sich ausdehnt, und die Erzeugung gesteigert wird. Ausnahmen dürfen nur gemacht werden wenn eine anteilige Steigerung ausländischer Rohstoffe dies rechtfertigt und bei weniigen Auslandswaren, worüber die Schrift in Tabellen und Index tabellen genaue Aufklärung gibt. Im eigenen Interesse müssen die Arbeiter bei allen Einkäufen die Preise kontrollieren und sich gegen Überforderung wehren: welches die angemessenen Preise sind, können sie nach obiger Schrift jederzeit mit Leichtigkeit feststellen. Jede Hausfrau sollte dieser Broschüre jederzeit den Friedenspreis nachweisen. Dann wird zwar noch eine tiefe Klüftung zwischen den Vorkriegslöhnen und der derzeitigen; ihr Ausgleich wird auch noch erstritten müssen.

Aber zunächst einmal: herunter mit den Preisen!

Wegen Betriebserweiterung suchen wir:

Positiv-Retuscheure möglichst gute Zeichner

Reproduktions-Photographen für Auto und Strich

Farbätzer u. Autoätzer

Zerreiss & Co., Graph. Kunstanstalt, Nürnberg

Tüchtige Farbätzer

werden sofort eingestellt. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Lohnforderung an

Dr. Selle & Co., A.-G., Graphische Kunstanstalten, Berlin SW 29, Zossener Straße 55.

Nachschneider

in dauernde Stellung gesucht. Bewerber, die gelernte Holzschneider sind, bevorzugt. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an

F. Neuburg & G. Wilms, Hamburg

Alter Steinweg Nr. 73.

Nachschneider

für Strich und Auto, sowie noch einige erstklassige

Maschinen-Retuscheure

finden sofort bei gutem Lohn dauernde Stellung

Böhme & Co., Kommandit-Ges., Magdeburg.

Positiv-Retuscheur

evtl. solcher aus der Lichtdruckbranche, der sich auf Maschinenretusche errichten will, in dauernde Stellung gesucht. Offerten an

C. Schönhals, Breslau I, Reuschstraße 51

Photo- und Chromo-Lithographen,

Farbätzer u. Autoätzer

nur erstklassige Kräfte sucht

Eberhard Schreiber, Leipzig

Täubchenweg 26

Durchaus selbständiger

Chromo-Lithograph

guter Zeichner, sofort gesucht. Muster selbstgeleiteter Arbeiten und Gehaltsansprüche an

Wimmer's Graph. Werkstätten, Chemnitz

Theaterstraße 18.

Retuscheure

Kopierer

der evtl. in der Strichphotographie aushelfen kann, sucht

A. Jüllich, Chemnitz I. Sa.

Hamburg

Zwei Notenstecher

somit gesucht. Angebote mit Zeugnissen und Lohnforderungen erbitten an

Moritz Dreißig, Hamburg

Lindenstraße 30-41